

dies eindrucksvoll. Da die katholische Kirche aber als authentische gesellschaftliche Kraft der polnischen Nation, die von den Behörden *via facti* respektiert werden muß, auf absehbare Zeit „Monopolist“ bleiben wird, hat sie eine Schwächung als Folge kurzfristiger politischer Enttäuschungen nicht zu fürchten. Sie wird auch in Zukunft so wie in den letzten Wochen des Jahres 1983 bei der Regierung Klage über die Mißachtung der wirtschaft-

lichen, sozialen und politischen Rechte des Volkes führen und den Dialog und die Verständigung anmahnen – im Namen des Volkes. Sie hatte dies schon in den siebziger Jahren ohne Erfolg getan. Es ist ihr nie zum Vorwurf gemacht worden. „Erfolglosigkeit“ hat die Kirche in den siebziger Jahren nicht geschwächt und den Staat nicht stärker gemacht. Warum sollte dies heute anders sein?

Dieter Bingen

Der Politiker und seine Kirche

Ein Gespräch mit Erwin Teufel

Politiker mit starker persönlicher kirchlicher Bindung sind selten geworden, auch in der traditionell kirchennahen Union. Was bedeutet das für die Politik einer christlich firmierenden Partei, was für die Kirche? Wo müßte mehr miteinander gerungen werden? Die entsprechenden Fragen an den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Teufel, Sie sind Fraktionsvorsitzender der CDU im Baden-Württembergischen Landtag. Sie kommen aus der katholischen Jugend und sind seit kurzem Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Sie sind der Kirche vielfach verbunden und halten auch engen Kontakt zu ihrer Theologie. Für einen Politiker Ihrer Generation erscheint das fast schon als die große Ausnahme. War für Sie Ihr Christsein ein wesentlicher Grund, in die Politik zu gehen?

Teufel: Ich lebe nicht nur von der Politik und ich lebe nicht nur in der Politik, sondern ich versuche, am geistigen Ringen unserer Zeit teilzunehmen und von Grundüberzeugungen her Politik zu machen. Ich wäre sicher nicht in der Politik ohne die Grundprägung, die ich in der katholischen Jugend und von der christlichen Soziallehre her erfahren habe. Das war der erste Grund. Aber es gab auch andere Gründe. Ich gehöre schon zur Nachkriegsgeneration. Ich habe das Dritte Reich nicht mehr bewußt erlebt, habe mich aber mit keinem Zeitabschnitt unserer Geschichte so intensiv beschäftigt wie mit dem Dritten Reich und mit dem Widerstand im Dritten Reich. Gerade von daher hat mich der Eindruck bestimmt, daß in einem demokratischen Gemeinwesen die Bürger bereit sein müssen, einen Teil ihrer Zeit und ihrer Kraft zu opfern, um ein totalitäres System zu verhindern, wie wir es im Dritten Reich erlebt haben.

„In keiner Zeit lieber in der Kirche gelebt als heute“

HK: Wenn Sie sagen, Sie wären ohne katholische Jugendarbeit nicht in die Politik gekommen, dann doch wohl, weil Politik, wenn schon nicht das Lebenselixier, so doch

ein wichtiger Bezugspunkt dieser Jugend war. Galt das damals für die Kirche insgesamt?

Teufel: In der Zeit zumindest, in der ich der katholischen Jugend angehörte, war die Einsicht sehr verbreitet, daß die Kirche sich nicht auf die Sakristei zurückziehen darf, sondern daß sie einen öffentlichen Auftrag hat. Und von daher bin ich fast zwangsläufig in die Politik gerade der CDU und in die Junge Union hineingewachsen.

HK: Ihre Antwort deutet an, daß sich diesbezüglich inzwischen einiges geändert hat ...

Teufel: ... zumindest in der katholischen Jugend.

HK: Wie sehen Sie die Situation jetzt bzw. was gibt Ihnen die kirchliche Gegenwart als Politiker?

Teufel: Ich stehe mitten in meiner Kirche, und ich möchte in keiner Zeit lieber in der Kirche gelebt haben als in der heutigen. Ich bin sicher, daß die katholische Kirche mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und mit der Würzburger Synode den rechten Weg gegangen ist. Das heißt nicht, daß ich nicht gerade aus dieser Nähe zur Kirche Wünsche an sie habe.

HK: Es gibt im Verhältnis Kirche – Politik so etwas wie eine neue Gemengelage: Einerseits Rückzug, auch aus der politischen Formung ihrer Glieder, auch wenn das niemand so recht zugibt. Auf der anderen Seite greift gegenwärtig die Kirche selbst als Institution, als religiöse und moralische Autorität und in ihrer Verkündigung sehr viel direkter in politische Fragen ein. Denken Sie nur an die päpstliche und jetzt vor allem bischöflichen Stellungnahmen zur Friedensfrage bzw. zur Nachrüstung. Wie sieht das für Sie als Politiker aus?

Teufel: Zunächst glaube ich, daß es gut ist, wenn sich die Kirche in der aktuellen Tagespolitik zurückhält. Ihre Aufgabe liegt nicht im direkten Feld der politischen Auseinandersetzung, sondern in der Verkündigung der Frohbotschaft in der Liturgie und in der Diakonie. Aber die Kirche hat in Grundfragen unseres Lebens und Zusammenlebens eine ganz wichtige Aufgabe in der Bildung von

Werten und Lebenshaltungen. Ich halte die Stellungnahmen, die in den letzten Jahren aus der Kirche gekommen sind, etwa zu den Grundwerten oder auch zur Friedensfrage, für außerordentlich wertvoll und meinungsbildend. Dagegen hat die Kirche in den letzten Jahren in der Formung ihrer Glieder Mängel aufzuweisen. Vor allem haben wir in den sechziger Jahren einen Niedergang der katholischen Soziallehre erlebt, die heute nicht mehr prägend ist, wie es noch in der Nachkriegszeit der Fall war ...

HK: Ist das richtig, daß die katholische Soziallehre bei weitem nicht mehr so prägend ist wie noch vor zwanzig Jahren, prägt sie nicht einfach anders, wobei das Wie vielleicht schwerer auszumachen ist?

Teufel: Ich würde einigen Unrecht antun, wenn meine Aussage so gewertet würde, als hätten wir heute keine Vertreter der katholischen Soziallehre mehr. Ich könnte Ihnen einige Namen nennen. Aber sie haben sicher nicht den Einfluß, den etwa Gundlach, Nell-Breuning, Messner, Welty und Utz in der Nachkriegszeit hatten.

„In unser Grundsatzprogramm ist sehr wohl kirchliches und theologisches Gedankengut eingeflossen“

HK: Für die Kirche ist es auch viel komplizierter geworden. Es wird aber auch für die Parteien, speziell für die Ihre komplizierter. Wenn Sie die Prägestärke der katholischen Soziallehre vermissen oder ihren Rückzug feststellen – andere beschwören seit Jahren deren Erneuerung –, dann ist das ja nicht zufällig, sondern dadurch bedingt, daß die Tradition der Soziallehre die Probleme, die anstehen, nicht mehr fassen kann. Wenn aber Bischöfe besonders spektakulär oder eindringlich zu einer Grundsatzfrage Stellung nehmen, dann mogelt sich gerade Ihre Partei gerne daran vorbei, indem man z. B. „Laborem exercens“ oder das Friedenswort der deutschen Bischöfe zu Tode lobt.

Teufel: Ich habe eigentlich nur davon gesprochen, daß die katholische Soziallehre ihre Prägestärke, die sie einmal hatte, heute so nicht mehr hat. Es ist aber sicher auch richtig, daß man aus ihr nicht für alle politischen Fragen direkte Anwendungsregeln ableiten kann; es lassen sich aber Grundprinzipien erarbeiten, die bei der Lösung von tagesaktuellen Fragen außerordentlich nützlich sind: das Subsidiaritätsprinzip zum Beispiel, das gerade für unsere gegenwärtige Politik besonders wichtig ist. Wir haben es in Baden-Württemberg sehr deutlich in drei Richtungen auszugestalten versucht: erstens durch eine Stärkung der freien Träger in der Sozial- und Kulturarbeit, zweitens durch Kräftigung der kommunalen Selbstverwaltung und drittens innerhalb der Staatsverwaltung durch eine starke Dezentralisierung von den Ministerien auf die Mittelinstanzen und von diesen auf untere Verwaltungs- und Sonderbehörden. Das zeigt doch, wie wichtig solche Prinzipien auch für die Gestaltung des politischen Alltags sind.

HK: Das Subsidiaritätsprinzip ist zu Rezessionszeiten besonders vorzeigbar. Aber eine sehr intensive Auseinandersetzung der Union mit kirchlichen Verlautbarungen zu gesellschaftspolitischen Fragen läßt sich aus meiner Sicht nicht feststellen.

Teufel: Ich leugne nicht, daß ich mir manchmal eine intensivere Auseinandersetzung über solche Verlautbarungen wünschen würde. Aber daß wir uns dadurch an kirchlichen Stellungnahmen vorbeimogeln, daß die CDU einige lobende Sätze sagt und dann die Dinge auf sich beruhen läßt, ist nicht richtig. In die Arbeit an unserem Ludwigs-hafener Grundsatzprogramm zum Beispiel ist sehr viel kirchliches und theologisches Gedankengut – und zwar nicht nur aus der kirchlichen Tradition, sondern aus jüngster Zeit – eingegangen. Und es ist ja kein Zufall, daß gerade die Unionspolitiker, die führend an diesem Grundsatzprogramm mitgearbeitet haben, eng mit ihrer Kirche verbunden sind. Ich nenne nur Richard von Weizsäcker und Ernst Albrecht, Heiner Geißler und Norbert Blüm.

HK: Aber wenn aus den Kirchen Stellungnahmen zu aktuellen Fragen kommen, reagiert die Union zurückhaltend bis defensiv ...

Teufel: Das sehe ich nicht so. Wir haben uns sehr intensiv mit der Friedensdenkschrift der EKD und dem Friedenswort der katholischen Bischöfe auseinandergesetzt – und wir tun es noch. Wir haben die mahnenden Aussagen genauso ernst genommen wie die, durch die wir uns ermutigt und bestätigt fühlen. Ich finde es vollkommen richtig, daß die Kirchen angesichts der schrecklichen Mittel, denen wir unsere Sicherheit verdanken, das Gewissen der Politiker schärfen und daß sie uns auf die schwerwiegenden ethischen Fragen hinweisen, mit denen wir es da zu tun haben. Erst recht empfinde ich es als wichtig, daß die Bischöfe einen sehr viel umfassenderen Friedensbegriff eingeführt haben, als er in der täglichen Auseinandersetzung üblich war: nämlich daß Friede nicht einfach dort ist, wo die Waffe schweigen, sondern daß zum Frieden die Menschenrechte gehören, daß dazu Freiheit und soziale Gerechtigkeit gehören, und daß Friede, der diesen Namen verdient, erst ist, wo das alles zusammenkommt.

„Gerade die Punkte mit den eindeutigsten Schlußfolgerungen sind überholt“

HK: Auf einen Friedensbegriff, der Systemeigenheiten und soziale Verhältnisse einbezieht, können sich wahrscheinlich die meisten ebenso einigen, wie auf das Subsidiaritätsprinzip, solange alles allgemein bleibt. Aber christliche Soziallehre läßt sich selbst innerhalb des Katholischen sehr verschieden ausformulieren. So hatte Ihre Partei beträchtliche Schwierigkeiten mit dem Friedenshinterbrief der amerikanischen Bischöfe, gerade wegen seiner konkreten Schlußfolgerungen für die Abschreckungsstrategie, während ein Mann wie C. F. von Weizsäcker

gerade diese Schlußfolgerungen für das non-plus-ultra einer modernen Friedensethik hält ...

Teufel: Ich halte nichts davon, wenn man das Wort der amerikanischen gegen das der deutschen Bischöfe ausspielt. Ich finde, daß auch im amerikanischen Hirtenbrief sehr viele Dinge stehen, die ein Nachdenken lohnen. Ich habe mich in Washington mit Verfassern darüber sehr ausgiebig unterhalten und den Eindruck gewonnen, daß sich dort manche Fragen anders darstellen als in einem Lande im Herzen Europas, das direkt mit der sowjetischen Bedrohung konfrontiert ist. Ich glaube allerdings, daß die amerikanischen Bischöfe sich viel zu sehr in strategische Fragen eingelassen haben, und ich halte es für eine sehr weise Zurückhaltung, daß die deutschen Bischöfe in Fragen der Strategie nicht ins Detail gegangen sind. Denn das ist auch nach der Meinung des Konzils ein Bereich, für den die Politiker nicht nur zuständig sind, sondern auch die größere Kompetenz haben als die Bischöfe.

HK: Diese Argumentation läßt sich nachvollziehen, aber wenn ich Ihre vorausgegangene nochmals aufnehme, gerate ich in Schwierigkeiten. Der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe verkörpert für mich die Neigung, aus allgemeinen Grundsätzen sehr konkrete Schlußfolgerungen, um nicht zu sagen Handlungsanweisungen, abzuleiten, wie sie für die traditionelle katholische Soziallehre typisch ist. Daß die traditionelle Soziallehre nicht mehr wirksam ist, aber bedauern Sie, indem Sie ihren Rückzug beklagen. Ein Widerspruch?

Teufel: Den Eindruck habe ich nicht. Denn gerade die Punkte der katholischen Soziallehre, wo die eindeutigsten Schlußfolgerungen gezogen werden, sind heute überholt. Was sie einmal konkret gesagt hat, wie eine berufsständische Ordnung aussehen soll oder wie der Familienlastenausgleich im gesetzgeberischen Detail anzusehen hat, das geht heute nicht mehr, während die allgemeinen Prinzipien, das Solidaritäts-, das Subsidiaritäts-, das Gemeinwohlprinzip nicht nur weiter gelten, sondern noch gar nicht ausgeschöpft sind. Gerade beim Gemeinwohlprinzip lohnt es sich, daß wir es für unsere Gesellschaftspolitik neu entdecken. Ich halte das für eine ganz wichtige Aufgabe. Und ich bin auch nicht der Meinung, daß das Subsidiaritätsprinzip einheitlich anerkannt ist bei allen Parteien. Das gleiche gilt für das Solidaritätsprinzip. In seiner Ausgestaltung gibt es sehr große Unterschiede zwischen der Union und der SPD oder auch zwischen der CDU und dem DGB.

HK: Vielleicht habe ich mich undeutlich artikuliert. Um was es mir ging: In dem Moment, wo die katholische Soziallehre bzw. die Kirche insgesamt in ihrer Lehre darauf verzichtet, in gesellschaftspolitischen Fragen genaue Schlußfolgerungen für den Anwendungsfall zu ziehen, muß sie sich nicht nur aus dem Tagesgeschehen, sondern ein Stückweit auch aus den politischen Auseinandersetzungen zurückziehen, also gerade das tun, was Sie kritisiert haben.

Teufel: Das möchte ich nicht. Aber ich möchte schon den Satz unterschreiben, den Johannes Paul II. seinen Bischöfen zugerufen hat, „seid geistliche Führer“ ...

„Manche kirchliche Verbände sind heute Offiziere ohne Mannschaft“

HK: Würden Sie dennoch dem Satz von Franz Alt etwas abgewinnen, daß eines der Hauptübel unserer Geschichte die Trennung von Politik und Religion sei? Wenigstens in dem Sinne, daß der Zusammenhang neu bestimmt werden muß?

Teufel: Es ist ein Fortschritt und kein Übel, daß Politik und Religion getrennt sind. Ich halte den liberalen Verfassungsstaat, wie wir ihn haben, für die denkbar beste Staatsform. Aber diese versteht sich nicht als wertneutrale, sondern als eine wertgebundene Verfassung, als eine, die sich selbst an Grundwerte und Grundrechte bindet.

HK: Nicht selten wird gerade an der Spitze Ihrer Partei geklagt, Politiker seien heute zu einer werthaltigen Politik nicht mehr in der Lage, sondern praktizierten reinen Pragmatismus. Wieweit hängt das auch damit zusammen, daß die Kirche als Produktions- bzw. Sozialisationsfeld von Politikern ausfällt?

Teufel: Zunächst: die Verhältnisse, die Sie schildern, sind nicht von einer neuen Politikergeneration gemacht, sondern die Politiker sind Kinder ihrer Zeit. Ich betrachte den Verlust an geistiger Dimension als eine der Ursachen für Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Heute erkennen wir deutlicher, daß der Mensch nicht nur materielle Bedürfnisse hat. Wer Menschen darauf einengen will, läßt sie in wichtigen Bedürfnissen unbefriedigt. Die Ausbreitung von Sekten und Süchten ist ein krasser Hinweis auf ungestillte Sehnsüchte. Sie kennen das Wort von Eugène Ionesco: „drei Viertel der Menschen fehlt es an Nahrungsmitteln und der ganzen Menschheit fehlt es an geistiger Nahrung“ ...

HK: Meine Frage war, wieweit an der beklagten Degeneration des geistigen Hintergrunds vieler Politiker zum reinen Pragmatismus der Rückzug der Kirche, vor allem der Ausfall vieler ihrer Verbände mit schuld sind ...

Teufel: Manche kirchliche Verbände sind heute Offiziere ohne Mannschaft. Sie haben qualifizierte Führungskräfte, aber alle ihre Mitglieder, die sie in der Nachkriegszeit bekommen haben, sind inzwischen 30 Jahre älter. Es sind zuwenig Mitglieder der nächsten Generation nachgewachsen.

HK: Ist das das Ende der Verbände bzw., wenn es das Ende der Verbände ist, was kommt danach? Zeichnet sich nicht auch da schon eine neue Gemengelage ab? Gemeinden können Verbände nicht ersetzen, aber das politische Klima in den Gemeinden und mehr noch in spontanen Gruppierungen ist zweifellos virulenter, lebhafter und vielfältiger geworden ...

Teufel: Bitte kein Wort gegen die Verbände. Sie sind notwendig. Ich stelle nur bei einigen eine krasse Überalterung fest. Ihre Anziehungs- und Prägekraft in den speziellen Bereich hinein, für den sie gegründet wurden – Arbeiter, Frauen, Jugend, Studenten, Akademiker – hat sehr nachgelassen und das bedauere ich.

HK: Aber zum zweiten Teil meiner Frage: zur neuen Gemengelage. Es gibt politisch sensibler gewordene Kerngemeinden, es gibt neue, allerdings spirituell stark introvertierte Bewegungen. Die Verbände werden sich, wenn überhaupt, nicht rasch regenerieren. Wo sind in diesen anderen Feldern neue Ansätze?

Teufel: In unseren Pfarreien ist heute ein sehr viel lebendigeres Gemeindeleben als vor dreißig Jahren. Aber Sie haben den Punkt angesprochen: es ist ein sehr introvertiertes Gemeinschaftsleben, das zu wenig die nach außen gerichteten Aufgaben sieht. Obwohl das auch einseitig gesagt ist, weil viele Gemeinden sozial Vorbildliches leisten. Es ist gerade die Tatverkündigung, die, wie Felix Schlösser einmal gesagt hat, weit mehr überzeugt als die Wortverkündigung. Aber es fehlt der Wille, Gesellschaft und Politik mitzugestalten, auch wenn ich die meisten der neuen Bewegungen sehr positiv beurteile.

„Es ist gut, wenn niemand Union und Kirche gleichsetzt“

HK: Es gibt indessen auch eine ganz andere Entwicklung. In den allermeisten katholischen Gremien, vor allem in solchen des Laienkatholizismus sind Politiker nicht nur sehr begehrt, sondern bilden, denken Sie an das Zentralkomitee, das Rückgrat solcher Gremien. Ist aber dem Politiker damit gedient, wenn so häufig nur ein Austausch zwischen Institutionen stattfindet, und ist solchen Gremien gedient, wenn sie sich mit politischen Namen schmücken, die glanzvoller sind als solche Gremien selbst? Und ist für einen Politiker, der wissen will, was in der Kirche heute läuft, die Bindung an eine Ortsgemeinde nicht wichtiger als die Mitwirkung in einem repräsentativen Gremium?

Teufel: Quantitativ sind Politiker auch im Zentralkomitee der deutschen Katholiken ganz offensichtlich eine Minderheit, wenn sie aber Profil und Einfluß haben, weil es sich dabei um starke Persönlichkeiten handelt, dann halte ich das für einen Gewinn. Zum Austausch der Institutionen: Leider ist es so, daß es immer weniger werden, die bereit sind, in beiden Bereichen mitzuwirken. Mit großer Befriedigung stelle ich fest, daß es in meinem ganzen Erfahrungsbereich keine Gemeinde gibt, wo nicht Mitglieder des Ortsvorstands der CDU im Pfarrgemeinderat sind. Gottlob ist da noch eine gute Verbindung da. Und sicher kann niemand in repräsentativen Gremien hilfreich sein, der nicht auch in seiner Gemeinde verankert ist.

HK: Ist andererseits Ihre Partei nicht besonders davon betroffen, daß trotz personeller Verklammerung die ideelle Gemeinsamkeit abnimmt, ohne daß das – mehr

oder weniger von beiden Seiten – so recht zur Kenntnis genommen wird?

Teufel: Ich sehe nicht, daß es zu wenig ideelle Gemeinsamkeiten gibt. Aber es ist auch gut, wenn niemand Union und Kirche gleichsetzt bzw. gleichsetzen kann.

HK: Andere Parteien, säkulare, tun sich insofern leichter, als ihnen der Rückhalt einer Glaubensgemeinschaft von vornherein fehlt. Dadurch sind sie gezwungen, sich ihr eigenes Ethos zu schaffen bzw. dieses der Gesellschaft in ihrem jeweiligen Wandel zu „entnehmen“. Die Union aber verläßt sich diesbezüglich im Grunde immer noch auf die Kirche, obwohl auch sie längst eine säkulare Partei geworden ist ...

Teufel: Zunächst: Die Kirche und eine Partei haben ganz und gar unterschiedliche Aufgaben. Aber wahr ist natürlich, daß die CDU in ihrer Gründungsphase ideell weitgehend von der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik und von der Erfahrung des Widerstandes im Dritten Reich gelebt hat. In einer zweiten Phase, Ende der Fünfzigerjahre und in den Sechzigerjahren ist dann im Grundsätzlichen ein Vakuum entstanden. Das hat die CDU zu spät bemerkt. Sie hatte, als sie 1969 in die Opposition kam, einen großen Nachholbedarf an einer programmatischen Diskussion, im Aufarbeiten der gesellschaftlichen Veränderungen. Die CDU hatte große Leistungen aufzuweisen, aber zuwenig Perspektiven für die Zukunft. Daß sie schließlich in der Opposition gelandet war, hing vermutlich auch damit zusammen.

HK: Wollen Sie damit sagen, daß der zeitliche Zusammenfall des Regierungsverlusts der Union mit dem nachkonziliaren Wandel in der Kirche kein Zufall war?

Teufel: Ich sehe diesen Zusammenhang nicht. Es gibt inzwischen eine dritte Phase, die der Erneuerung der programmatischen Arbeit an der Spitze und an der Basis. Sie erbrachte wichtige Aussagen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, neue Programme für die Wirtschaftspolitik, die Umweltpolitik und die Entwicklungspolitik. Sie brachte die Entdeckung der Neuen Sozialen Frage und sie gipfelte im Ludwigshafener Grundsatzprogramm. Dort hat sich die CDU doch eine Plattform geschaffen, die deutlich über ihre ideelle und weltanschauliche Herkunft Auskunft gibt und die ebenso deutlich macht, wie eine wertgebundene praktische Politik aussehen kann.

„Der Ordoliberalismus gehört nicht weniger zu den geistigen Grundlagen der Union“

HK: Wenn das so ist, frage ich mich nochmals, ob Ihre These vom Niedergang und Rückzug der katholischen (oder auch christlichen) Soziallehre stimmt. Wenn ich in der Vogelperspektive die großen kirchlichen Rundschreiben zu gesellschaftlichen Fragen dieser Zeit überfliege – „Mater et magistra“, „Pacem in terris“, „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanums und nicht zu vergessen „Populo-

rum progressio“ und „Octogesima adveniens“ Pauls VI. –, dann war das eher ein Aufbruch, kein Niedergang, wenn auch ein Aufbruch in eine sehr offene Landschaft. Gerade da hätte es für eine Partei wie die Union spannend werden können. Sie hat aber diese Spannung selbst in ihrer programmatischen Phase nicht angenommen. Hat sie sich den neuen Fragestellungen – insbesondere denen von „Populorum progressio“ – weltweite Gerechtigkeit, Kapitalismuskritik – deswegen nicht gestellt, weil die Union nur soweit christlich orientiert ist, als sich das mit ihrer politischen Substanz als Marktwirtschaftspartei verträgt?

Teufel: Diese Enzykliken sind an der CDU und der Formulierung ihrer Politik nicht spurlos vorübergegangen. Auch wir betrachten, um an „Populorum progressio“ anzuknüpfen, Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt als *die* soziale Frage des 20. Jahrhunderts. Von unserem entwicklungspolitischen Sprecher Elmar Pieroth stammt der Satz: „Jeder Arme ist unser Freund“. Ich gebe aber zu, daß es in Fragen praktischer Entwicklungspolitik durchaus noch an geistiger Fundierung fehlt. Hier ist sicher noch einiges aufzuarbeiten in Teilen der CDU – und in der CSU, wenn ich das nicht ohne Grund einmal hinzufügen darf. Im übrigen lebt die CDU wirtschafts- und sozialpolitisch natürlich nicht nur von der katholischen Soziallehre und von der evangelischen Sozialethik. Der Ordoliberalismus gehört nicht weniger zu den geistigen Grundlagen der Union.

HK: Hat das von Ihnen festgestellte Defizit im entwicklungspolitischen Bereich – das durch Bekenntnisse zur Marktwirtschaft nicht zu beheben ist – etwas zu tun mit dem Mangel an geistiger Führung, die dauernd beansprucht wird, von der aber – siehe letzte Regierungserklärung – nichts zu spüren ist? Und müßte nicht gerade einer Marktwirtschaftspartei hilfreich sein, sich auf eine Diskussion über marktwirtschaftliche Grundsätze – national und weltweit – mit zum Teil recht anders lautenden kirchlichen Forderungen wirklich einzulassen?

Teufel: Das sind zehnerlei Fragen. Wir haben geistige Führung nie so verstanden, als ob Politik die Führung in Literatur, Kunst, Philosophie oder gar Theologie zu übernehmen hätte. Geistige Führung in der Politik heißt, Perspektiven über den Tag hinaus aufzeigen und die Wähler dafür zu motivieren, Ziele und Beweggründe, Kriterien und Maßstäbe nennen. Zur geistigen Führung gehört das Durchhalten einer Grundrichtung in der praktischen Politik.

„Unterscheiden, was Ziel ist und was Mittel“

HK: Aber an solch perspektivischer Politik scheint es der Union nach wie vor gerade zu fehlen, und das scheint auch auf die Regierungsarbeit abzufärben: Ein Festklopfen von Positionen, ein rein bekennender Umgang mit der Marktwirtschaft ist noch kein Aufweis ihrer Funktionsfähigkeit unter heutigen Verhältnissen und auf lange Sicht.

Teufel: Ich bin nicht der Meinung, daß es an Perspektiven über den Tag hinaus fehlt, auch nicht im Regierungsprogramm dieser Legislaturperiode, wie es in der Regierungserklärung von Anfang Mai vom Bundeskanzler vorgetragen wurde. Der mittel- und langfristigen Konsolidierung des Haushalts, die vielen große Opfer abverlangt, den Vorrang vor allem anderen zu geben, ist für mich ein gutes Beispiel für Führung. Klarheit über die geopolitische Lage und die Sicherheitsinteressen des Landes zu schaffen, überhaupt eine Politik der Mitte und des Maßes zu treiben, wo vieles aus den Fugen zu geraten droht, das ist für mich geistige Führung. Das gleiche gilt für die klaren Aussagen zur Familie und zu einem gerechten Familienlastenausgleich.

HK: Ich habe trotzdem das Empfinden, daß sich die Union an der geistigen Auseinandersetzung, wie sie sich in vielen Gesellschaftsbereichen, wenn auch oft recht unartikuliert abspielt, viel zu wenig beteiligt, und daß sie deswegen oft auch nicht recht wahrnimmt, was sich in den Kirchen tut. Andere Parteien mögen trendanfälliger sein, aber sogar bei der SPD wird mehr diskutiert und weniger verdrängt.

Teufel: Beim Diskutieren übertrifft uns die SPD allemal. Eine politische Partei braucht aber nicht nur Diskussionsfähigkeit, sondern auch Handlungsfähigkeit. Eine Partei muß sich bewegen zwischen einem Auseinanderfallen in viele Flügel einerseits und geistiger Sterilität andererseits. – Gehört im übrigen zu den gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre nicht das Anwachsen einer übersteigerten Kritik, das Anwachsen einer Anspruchsmentalität aus einer sicheren Zuschauerloge heraus? Die Demokratie verträgt aber nicht diese Zuschauerhaltung. Ist es nicht auch geistige Führung, wenn ich mich dem entgegenseetze und die Selbstverantwortung und Mitverantwortung des Bürgers für die Mitmenschen und für die Gemeinschaft einfordere? Das sind Punkte, die gerade wir in letzter Zeit sehr stark in die Diskussion gebracht haben.

HK: Um nochmals das Beispiel Familienpolitik aufzugreifen, geistige Führung in der Familienpolitik wäre für mich, Kinder haben und mit ihrem Aufwachsen leben nicht als soziale Last, sondern als existentielle Bereicherung zu sehen und dies alternativ zu einem rein materiellen Wohlfahrtsdenken auch politisch zu vertreten. In Wirklichkeit setzt die Union – wie das ZdK und Verbandskatholizismus auch – allein auf materielle Sicherung.

Teufel: Da heißt es unterscheiden, was ist Ziel, was ist Mittel. Ziel ist es, die Familie in ihrer Erziehungskraft zu stärken. Das kann die Familie nur selbst tun. Aber Politik hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ein Familienmitglied muß es sich finanziell überhaupt leisten können, sich ganz um die Erziehung der Kinder zu kümmern. Aufgabe der Politik ist es dann, dafür zu sorgen, daß die Erziehungsarbeit der Eltern in der Schule fortgesetzt wird. Und Politik hat auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Familien nicht ins soziale Abseits geraten, weil sie Kinder

haben. Sie haben völlig recht, es kann nicht alles finanziell ausgeglichen werden. Kinder werden immer Opfer bedeuten, und für diese Opfer werden Eltern durch ihre Kinder auch reich „entlohnt“. In dem Sinn sind Kinder beileibe nicht nur Opfer, sondern Lebensgewinn.

„Ich überdenke meine eigene Position, aber ich handle nach meinem Gewissen“

HK: Sie haben eingangs von Wünschen an die Kirche gesprochen, die Sie als Politiker an sie haben: Was erwarten Sie als katholisch engagierter Politiker gerade in der gegenwärtigen Situation von Ihrer Kirche?

Teufel: Wir leben nicht in einer Zeit der großen Würfe und Entwürfe weder im Politischen noch im Kirchlichen. Karl Rahner hat mehrfach vom Überwintern gesprochen. In einer solchen Zeit ist es für mich der wichtigste Dienst, daß sich die Kirche als Hoffnungsgemeinschaft bewährt, so wie sie sich auf der Synode in Würzburg definiert hat. Wieviel Verzagttheit, wieviel Angst und Skepsis ist im Augenblick in unserer Gesellschaft! Es ist wichtig, daß die Kirche diesen Trend nicht verstärkt, sondern zur Überwindung von Ängsten und zum Lebensmut beiträgt und Formen erfüllten Menschseins aufzeigt und daß sie Sinn-erkenntnisse über das bloße Tatsachenwissen hinaus vermittelt. Eine nicht minder wichtige Aufgabe sehe ich darin, daß sie in einer Gesellschaft der Interessengruppen und in einer Welt der Gegensätze zu den Benachteiligten steht und denen zu einer Stimme verhilft, die sich nicht selbst wehren können. Schließlich: Ich halte eine neue Synode in Deutschland für nützlich. Zuvor sollten aber alle, die noch Hausaufgaben von der letzten Synode her zu erledigen haben, dies schleunigst nachholen.

HK: Das berührt vor allem die ideellen Verhältnisse im vorpolitischen Raum. Aber müßte sich die Kirche der Union gelegentlich einheizend nicht auch mehr in politischen Grundsatzfragen artikulieren: z. B. Was ist Marktwirtschaft, wenn sie eine sozial gerechte sein soll? Wie bewältigen wir den lange bejubelten, jetzt verdammten

technischen Fortschritt? Es wird ja gelegentlich gesagt, die Union habe ein noch vorrationales Verhältnis zur Technik. In diesem Bereich läuft zwischen Union und Kirchen wenig.

Teufel: Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich als einer, der in der politischen Verantwortung steht, wöchentlich im Gespräch bin mit kirchlichen Stellen und Vertretern über Familie, über Erziehungsauftrag der Schule, über die Alten- und Jugendarbeit. Aber es finden auch ganz grundsätzliche Gespräche über Ausländer-, über Familienpolitik, auch über die gesellschaftlichen Folgen des technischen Fortschritts statt. Ich betrachte in allen diesen Bereichen die Auffassung der Kirche, wenn sie von der eigenen abweicht, als eine Herausforderung. Ich überdenke die eigene Position. Aber ich handle dann eigenverantwortlich und nach meinem Gewissen. Letztlich habe ich mein politisches Handeln nicht nur vor dem Wähler, sondern auch vor dem Herrgott zu verantworten.

HK: Darf ich meine letzte Frage noch einmal zuspitzen: Was erwarten Sie persönlich als Politiker von der Kirche als Stützung und Hilfe in der Verantwortung, die Sie konkret wahrnehmen?

Teufel: Daß sie nicht abstrakte Erwartungen an eine Partei oder Regierung richtet. Ich erwarte, daß die Kirche das Subsidiaritätsprinzip und alle Grundprinzipien, die sie nach außen vertritt, auch innerkirchlich anwendet. Ich erwarte, daß sie gelegen oder ungelegen ihre Meinung sagt. Ihr Wort beispielsweise zur Welt als Schöpfung, zum Frieden als Frucht der Gerechtigkeit, zu den Grundwerten und ihr ständiges Wort für die Familie sind eine wichtige Hilfe. Ich erwarte, daß die Kirche aktive Gemeindeglieder darauf hinweist, daß ein Christ und ein Staatsbürger auch zur Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten verpflichtet ist und daß sie die wenigen, die diese Aufgabe sehen, nicht allein läßt. Ich fühle mich im übrigen durch die Kirche keineswegs alleingelassen. Was ich an Erwartungen habe, bleibt weit unter dem, was ich ihr für mein persönliches Leben und meine tägliche Arbeit verdanke.

Charta der Familienrechte

Ein Dokument des Apostolischen Stuhls

Am 24. November wurde vom Apostolischen Stuhl eine „Charta der Familienrechte“ vorgelegt. Die Charta, im wesentlichen eine Ausarbeitung des Päpstlichen Komitees für die Familie, geht auf eine Anregung der Bischofssynode von 1980 (Propositio 42; vgl. HK, Dezember 1980, 623) zurück und wurde auch von Johannes Paul II. in „Familiaris consortio“ (Nr. 46) aufgegriffen. Sie ist „allen Personen, Institutionen und Autoritäten“ zugedacht, „die mit der Sendung der Familie in der heutigen Welt befaßt sind“. Ihre Absicht ist es, unter den Familien selbst „das Bewußtsein von der unersetzlichen Rolle und Stellung der Familien wieder zu stärken“ und sie zu ermuntern, „sich zur Verständigung und Förderung ihrer

Rechte zusammenzuschließen“. Die hier folgende Wiedergabe beschränkt sich auf den Wortlaut der Charta, die längere Einführung und der Anhang über Quellen und Bezugsstellen sind weggelassen.

Präambel

Im Bewußtsein, daß

A. die Rechte der Person, selbst wenn sie als Rechte des Einzelnen formuliert sind, eine grundlegende soziale Dimension haben, die ihren natürlichen und vitalen Ausdruck in der Familie findet;